



Wortprotokoll der 35. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 1. März 2023, 09:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 4

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und
Pharmastandort stärken,
EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten**

BT-Drucksache 20/2376

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss



Liste der Sachverständigen:

Jörg **Schaaber**¹
BUKO Pharma-Kampagne
Gesundheit – global und gerecht e. V.
33602 Bielefeld

Dorothee **Stamm**²
Stellvertretende Vorsitzende
BVMed – Bundesverband Medizintechnologie e. V.
10117 Berlin

Dr. Viola **Bronsema**³
Geschäftsführerin
BIO Deutschland e.V.
10117 Berlin

Dr. Andreas **Eckert**³
Geschäftsführender Gesellschafter
Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH
13125 Berlin

Iris **Plöger**⁴
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
10178 Berlin

Alexandra **Krieger**⁴
Bereichsleiterin Controlling und Compliance
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)
30167 Hannover

Prof. Dr. Berthold U. **Wigger**⁵
Lehrstuhlinhaber für Finanzwissenschaft und Public Management
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
76133 Karlsruhe

¹ Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

² Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

³ Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁴ Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁵ Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Gremmels, Timon Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klöckner, Julia Kuban, Tilman Linnemann, Dr. Carsten Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Kopf, Chantal Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas Reinhold, Hagen
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
DIE LINKE.	Leye, Christian Meiser, Pascal	Dağdelen, Sevim Ulrich, Alexander

* Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 09:03 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort stärken, EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten

BT-Drucksache 20/2376

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle Anwesenden hier sehr herzlich zur öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses. Ein besonders herzliches Willkommen richte ich an die Sachverständigen. Schön, dass Sie Zeit gefunden haben, uns Ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Benannt als Sachverständige wurden:

- Frau Dr. Viola Bronsema, Geschäftsführerin von BIO Deutschland e.V.;
- Herr Dr. Andreas Eckert, Geschäftsführender Gesellschafter der Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH;
- Frau Alexandra Krieger, Bereichsleiterin Controlling und Compliance der IGBCE;
- Frau Iris Plöger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI;
- Herr Jörg Schaaber vom Verein BUKO Pharma-Kampagne Gesundheit – global und gerecht e.V.;
- Frau Dorothee Stamm, stellvertretende Vorsitzende von BVMed – Bundesverband Medizintechnologie e.V. und
- Herr Prof. Dr. Wigger, Lehrstuhlinhaber für Finanzwissenschaft und Public Management, Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

Ihnen allen herzlich willkommen! Zugeschaltet ist uns Frau Krieger. Ich hoffe, Sie können uns auch gut verstehen. Und wir werden feststellen, ob wir Sie auch gut verstehen können. Ich bin da sehr zuversichtlich. Ich muss darauf

hinweisen, dass Sie – Frau Krieger – nur bis 10:00 Uhr zur Verfügung stehen, weil Sie dann einen Anschlusstermin haben. Unsere Anhörung geht bis 10:30 Uhr, dann müsste man notfalls bei Ihnen frühzeitig die Fragen platzieren. Das werden wir wahrscheinlich hinkriegen. Ich wollte es nur eingangs erwähnen.

Herzlich willkommen sage ich auch allen Fachbeamten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und nicht zuletzt allen Interessenten an dieser Anhörung, die im Übrigen live über das Parlamentsfernsehen übertragen wird. Uns schauen wahrscheinlich Millionen zu, jetzt um diese Zeit mache ich auch eigentlich immer das Parlamentsfernsehen an (*lacht*). Aber eins ist sicher, heute würde es sich wirklich lohnen! Wer das verpassen sollte, hat dann die Gelegenheit, die Anhörung in der Mediathek des Deutschen Bundestages später anzuschauen. Also, wenn Sie heute Abend mal gucken wollen, wie Sie als Sachverständige hier gegläntzt haben, schauen Sie sich heute Abend in der Mediathek des Deutschen Bundestages diese Anhörung an. Wir haben auch viele, die uns zugeschaltet sind. Die bitte ich jetzt wie immer darum, die Stummschaltung zu aktivieren. Das hat mehrere Vorteile: Sie stören uns nicht und wir hören nicht, was bei Ihnen zu Hause passiert. Das ergibt also mehrfach Sinn.

Die öffentliche Anhörung heute Morgen beschäftigt sich mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: „Deutschland als Innovations-Biotechnologie und Pharmastandort stärken. EU-Mittel sichern, IPCEI-Health beitreten“. Zum Ablauf der heutigen Anhörung – das ist für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss nichts Neues, aber allen anderen will ich es sagen: Wir werden diese Befragung unserer Sachverständigen über anderthalb Stunden durchführen. Es bietet sich an, kurze Fragen zu stellen, damit die Antworten möglichst lang sein können, denn für beides stehen insgesamt nur drei Minuten zur Verfügung. Das heißt, der alte Trick in dieser Hinsicht: Je kürzer die Frage, desto länger kann die Antwort sein. Wer da die Zeit überschreitet, den muss ich freundlich unterbrechen. Jedenfalls gebe ich mir immer Mühe, das freundlich zu tun. So hat dann jeder die Gelegenheit, die entsprechenden Fragen zu



platzieren. Schön wäre es auch, wenn die Kolleginnen und Kollegen dann jeweils die Sachverständigen auch namentlich benennen, damit nicht nur die Sachverständigen wissen, dass sie dran sind, sondern auch fürs Protokoll. Wir werden nämlich zusätzlich zu der Übertragung auch noch ein Wortprotokoll erstellen. So, und dann beginnen wir nun auch mit der Befragung. Weil wir das nach der Stärke der Fraktionen machen, beginnt der Kollege Bernd Westphal von der SPD, denn die ist ja minimal stärker als die CDU/CSU.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir sind die größte Fraktion im Deutschen Bundestag und deshalb freuen wir uns, dass wir heute Morgen zu so einem wichtigen Thema mit Ihnen – liebe Damen und Herren Sachverständige – diskutieren können. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Und ich begrüße es ausdrücklich, dass auch die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Wirtschaftsministerium zugegen ist. Weil wir als SPD-Fraktion erachten das als ein sehr wichtiges Thema, dass wir in so einem Industriebereich wie Gesundheit nicht nur die Pharmaindustrie, sondern natürlich auch die Medizintechnik und andere Innovationen am Standort Deutschland fördern wollen. Und deshalb meine Frage an Frau Alexandra Krieger von der IGBCE.

Wie beurteilt dieses Thema die Gewerkschaft aus Ihrer Sicht, was Innovationstreiber und ein innovationsfreundliches Umfeld angeht, auch aus Sicht der Beschäftigten? Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Bernd Westphal. Frau Krieger, bitte.

Sve **Alexandra Krieger** (IGBCE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank für die freundliche Einladung und auch an dich, Bernd, vielen Dank für die Frage!

Ich beantworte sie sehr gerne, und ich hoffe, dass uns Millionen zuhören, denn ich glaube, es ist in der Tat ein sehr wichtiges Thema. Wir können sagen, dass in der Bio-Pharmazie ungefähr 45 000 Menschen in 2021 beschäftigt waren. Da muss man allerdings dazu sagen, dass die Abgrenzung dieser Branche sehr schwimmend ist. Denn es gibt viele Überschneidungen, unter anderem zur

pharmazeutischen Industrie. Insgesamt kann man also sagen, wir können nicht wirklich genau bestimmen, wie viele Beschäftigte es sind. Aber ich glaube, mit 45 000 sind wir nicht schlecht unterwegs. Wichtig zu wissen ist auch, dass es in Deutschland keine wirklichen Studien dazu gibt, mit denen man das Beschäftigungspotenzial seriös abschätzen könnte. Aber ich würde auch sagen, das ist gar nicht der Kern der Übung, sondern im Prinzip ist es viel wichtiger zu wissen: Über die Jahre, in denen wir das jetzt beobachten, war der Trend immer ein Beschäftigungsaufwuchs. Er war vor allen Dingen auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten wie der Finanzkrise ungebrochen. Das bedeutet: Wir haben es hier offensichtlich mit einer Branche oder einem Segment zu tun, das einen sehr stabilen Wachstumspfad zeigt und das auch von konjunkturellen im Wesentlichen unabhängig ist. Natürlich gibt es immer Krisensymptome, aber im Prinzip.

Das bedeutet jetzt für politische Entscheidungen, dass Investitionen hier mit Sicherheit gut angelegt sind, denn wir wissen: Es gibt einen hohen Output direkt und auch in den vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen, und das Geld dürfen Sie sozusagen mit gutem Gewissen ausgeben. Das kann man nur bestärken.

Es gibt immer wieder natürlich Debatten um die Hemmnisse. Warum kommt man nicht auf den Punkt? Warum dauert das in Deutschland so lange? Und vielleicht ist schon die Frage so und auch meine Einlassung: Wir kommen vom falschen Ende. Anders als in den USA sehen wir eben zuallererst mal die Hürden. Und da beschreibt der Antrag der CDU/CSU-Fraktion auch einiges richtig. Zum Beispiel, dass es keine lückenlose Finanzierungskette über alle Entwicklungsstufen gibt, insbesondere Anschlussfinanzierungen fehlen, sodass die Skalierung schwierig ist und viele gute Keimzellen aus Deutschland dann in den USA groß gemacht werden. Das ist schade und müsste so nicht sein! Wenn wir uns aber – und das wäre mein Ansatz – auf Lösungen fokussieren, dann gucken wir uns vielleicht einiges von den USA ab. Denn dort hat man auch – wie in Deutschland übrigens – am



Anfang Widerstände gehabt, auch gegen die Gentechnologie. Erst als klar wurde, dass hier wirksame menschliche therapeutische Proteine hergestellt wurden, hat sich nicht nur die Medizinaufmerksamkeit erhöht und sind die hohen Erwartungen an die Medizin gestiegen oder haben sich darüber entwickelt, sondern ist auch die Wall Street aufmerksam geworden. Das ist gar nicht unwichtig, denn es geht – um diese Hürden abzubauen – zuallererst mal darum, die Vorstellungskraft der Menschen zu fördern, welche Potenziale und welche konkreten Anwendungsnutzen die Biotechnologie hat. Und dann im Zweiten geht es auch darum, eine „Fantasie“ für Investoren zu entwickeln, denn das ist kein Geheimnis: Es wird nur dort investiert, wo auch finanzielles Potenzial vermutet wird.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank.

SVe **Alexandra Krieger** (IGBCE): Entschuldigung. Noch einen Satz, wenn ich darf, Herr Vorsitzender.

Der **Vorsitzende**: Ungern.

SVe **Alexandra Krieger** (IGBCE): Die USA haben ganz gezielt Gesetze gemacht und die haben alles Mögliche gut gefördert. Das würde ich Ihnen auch anraten. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Krieger. Man versteht Sie gut. Man würde Sie auch im Rahmen der Zeit gut verstehen. Das vielleicht als freundlicher Hinweis für die nächste Antwort. Herr Thomas Jarzombek jetzt für die CDU/CSU.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Erst einmal glaube ich, dass dieser Antrag geholfen hat. Denn zu dem Zeitpunkt im Sommer letzten Jahres, als wir den beraten haben, stand dieses Important Project of Common European Interest (IPCEI) im Feuer. Und wir haben schon in der Plenardebatte gehört, dass da auch Regierungsabgeordnete am Ende auch in einen Nachdenkprozess eingestiegen sind. Deshalb will ich erstmal positiv beginnen: Dass jetzt hier am Ende doch gezeichnet wurde, ist gut. Ich würde das als Frage an Frau Dr. Bronsema richten.

Denn am Ende ist natürlich nicht die Summe

gezeichnet worden, die eigentlich ursprünglich mal geplant gewesen ist. Ich will Sie fragen, wie Sie jetzt den weiteren Pfad sehen und was Sie von der Regierung erwarten, um beim IPCEI Health weiterzumachen und dass Sie das auch noch kombinieren mit dem, was auch schon gerade gesagt wurde? Nämlich der zweite Teil unseres Antrags war ja, dass wir eine Finanzierungslücke haben. Bei diesen langen Phasen, die bis zu zehn Jahre brauchen, wofür wir vorgeschlagen haben – und da hat die Kollegin Brantner natürlich eine unglaublich bequeme Situation –, dass da zwei Milliarden unverausgabt von dem Zukunftsfonds im Wirtschaftsministerium liegen. Und unser Instrument ist – wir werden das übrigens auch morgen im Plenum noch einmal debattieren: Davon eine Milliarde für einen Biotech-Fonds zu nutzen, zumal der neue DeepTech & Climate-Fonds auch sehr unumwunden erklärt hat, dass sie Biotech überhaupt nicht finanzieren. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, anderthalb Minuten verbleiben.

SVe **Dr. Viola Bronsema** (BIO Deutschland e.V.): Danke schön, Herr Vorsitzender, Frau Staatssekretärin. Vielen Dank für die Einladung. Großes Lob an den Wirtschaftsausschuss, dass Sie dieses Thema wieder aufgenommen haben. Tatsächlich ist das IPCEI Health sehr wichtig für die industrielle Gesundheitswirtschaft. Wir wissen seit der Pandemie, dass Biotechnologie und Gesundheit nicht zu trennen sind. Umso mehr unterstützen wir natürlich, dass jetzt endlich ein Start gemacht ist.

Wir mahnen an, dass in der „ersten Welle“ des IPCEI auch die deutsche Politik begleiten muss, weil wir erwarten Spill-over-Effekte von den IPCEI, selbst wenn wir bei den Themen Pharmaproduktion und Gen- und Zelltherapie wahrscheinlich nicht dabei sind. Trotzdem können wir das hierzulande begleiten. Für die „zweite Welle“ IPCEI, die tatsächlich Medizintechnik, aber auch Diagnostik vorsieht, finden wir, dass die 185 Millionen Euro, die jetzt die Regierung – Frau Abg. Gabriele Katzmarek (SPD) ist hier – losgeeist hat, das



Mindeste ist, was wir tun müssen. Sie dürfen sich jetzt nicht von diesem Pfad abbringen lassen.

Zum Biotech-Fonds möchte ich sagen: In der Tat sind noch fast 2 Milliarden Euro frei, 1,8 Milliarden im Zukunftsfonds. Der DeepTech & Climate-Fonds spart medizinische Biotechnologie aus. Es ist durchaus industrielle Biotechnologie genannt, aber auch Medizintechnik, der Agrar-Bereich und so weiter. Aber pharmazeutische Biotechnologie ist ausgespart und diese Lücke könnte durch so einen Biotech-Fonds geschlossen werden, weil die Finanzierung für Biotech in Deutschland tatsächlich immer noch sehr schwierig ist, dem zukünftig internationalen führenden Biotech-Standort der Welt. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Melis Sekmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Melis Sekmen** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren. Meine Frage richtet sich an die Frau Stamm.

Wir haben jetzt schon mehrfach angerissen, dass die Gesundheitswirtschaft eine hochinnovative Branche für die deutsche Wirtschaft ist, sie aber immer noch mit sehr großem Investitionsbedarf verbunden ist durch die ganzen Echtzeitstudien, die verpflichtend vorgeschrieben werden oder die Zulassungsprozesse. Um global wettbewerbsfähig zu bleiben, hat die Bundesregierung nicht nur darüber nachgedacht, sondern bereits gehandelt mit dem Deep Tech & Climate-Fonds als Ankerinvestor explizit für die Bereiche Biotechnologie, Medizintechnik und Digital Health. Und wir sind jetzt weitergegangen und versuchen, die Lücke zu schließen mit IPCEI Health und haben auch die Mittel im Haushalt dafür abgesichert. Jetzt wissen wir, dass wir natürlich noch sehr viele Rahmen haben, gerade bei den Zulassungsprozessen, die einfach auch das effektive Einsetzen dieser Fördermittel natürlich ein bisschen konterkarieren. Nichtsdestotrotz ist es gut, dass wir uns auf diesen Weg gemacht haben.

Meine Frage ist: Wie geeignet ist dieser

Fördertopf tatsächlich für uns in Deutschland, für die Branche und wie kann man die Wagniskapitallücken damit tatsächlich auch füllen, sodass am Ende des Tages Produkte auf dem Markt landen und damit auch zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beitragen?

Der **Vorsitzende**: Frau Stamm, bitte.

SVe **Dorothee Stamm** (BVMed e.V.): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Wir begrüßen die Ausrichtung und als Verband der Medizintechnologie begrüßen wir insbesondere auch die Ausweitung auf die gesamte Gesundheitsindustrie und nicht nur wie bislang auf Pharma- und Biotechnologie. Aus unserer Sicht ist die Teilnahme am IPCEI Health-Programm eine große Chance für Deutschland, eine Führungsrolle im Bereich Medizintechnik, Digitalisierung und Datennutzung zu übernehmen. Es bietet insbesondere dort die Chance, all jene hochinnovativen Ansätze auch in die Versorgung zu bekommen, die Gesundheitswirtschaft bei Produkten zu unterstützen, die kurz vor der Marktreife stehen, denen aber Hemmnisse des hochregulierten Gesundheitsmarktes in Deutschland entgegenstehen.

Damit die zweite Förderwelle zum Erfolg geführt werden kann, bedarf es jetzt eines koordinierten Prozesses, eines gemeinsamen Prozesses der Wirtschaft und der Politik, um die Themenfelder gemeinsam zu entwickeln, damit dann auch die Anträge eine Aussicht auf Erfolg haben. Neben Förderinstrumenten wie IPCEI Health ist es aber aus Sicht des BVMed genauso wichtig, dass die Hürden, die bislang innovative Verfahren davon abhalten, in den Markt zu kommen und in die Versorgung zu kommen, beseitigt werden. Das heißt, wir benötigen insgesamt sehr viel innovationsfreundlichere Rahmenbedingungen in Deutschland. Denn Investitionen werden nur dann getätigt von Unternehmen, wenn sie auch die Aussicht haben, erfolgreich in den Markt zu kommen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Sie haben das so schön beschrieben. Einzelne Mitglieder des Ausschusses hatten die Gelegenheit in Boston, mal die dortigen Rahmenbedingungen zu studieren. Das sind jetzt nicht die



schlechtesten nach allgemeiner Auffassung. Vielleicht müssen wir da auch besser werden, das ist schon richtig. Aber ich bin ja kein Sachverständiger. Deswegen wird der nächste Sachverständige angesprochen von Manfred Todtenhausen für die FDP.

Abg. **Manfred Todtenhausen** (FDP): Herr Vorsitzender, das mach ich sehr gerne. Herr Professor Wigger: An Ihrem Institut, dem KIT, das zur Gruppe der TU9 – ein Zusammenschluss neun führender Technischer Universitäten in Deutschland – gehört, findet exzellente Forschung in Deutschland statt, zum Beispiel im Bereich Wasserstoff für Mobilität. Insofern kennen Sie sich mit Zukunfts- und auch mit Schlüsseltechnologien aus, wozu zweifelsohne die Biotechnologie und die Medizintechnik zählen.

Meine Fragen: Wie bewerten Sie die Forderungen der Unionsfraktion in Ihrem Antrag, mehr Mittel als die schon genehmigten für IPCEI Health zur Verfügung zu stellen. Kann das die Forschung und Entwicklung entscheidend voranbringen oder braucht es vielmehr ein Paradigmenwechsel im Sinne von steuerlichen Rahmenbedingungen, vielleicht auch Bürokratieabbau bei der Datennutzung, Technologieoffenheit, wenn nicht gar -freundlichkeit in den MINT-Bereichen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Wigger, in zwei Minuten werden Sie das hinkriegen.

SV **Prof. Dr. Berthold U. Wigger** (KIT): Vielen Dank für die Einladung und für die Frage. Dann will ich mich beeilen mit meiner Antwort.

Also zunächst einmal ganz grundsätzlich: Forschung und Innovation haben eine soziale Rendite, die höher ist als die private Rendite und deshalb hat der Staat da eine Aufgabe. Die Frage ist: Wie sollte der Staat diese Aufgabe wahrnehmen? Man hat gelegentlich ein bisschen den Verdacht und dieser Verdacht keimt auch etwas bei diesem IPCEI auf, dass der Staat Geld in die Hand nimmt, um Probleme zu lösen, die er zunächst selbst schafft. Darin sehe ich eigentlich nicht die entscheidende Aufgabe des Staates und der Forschungspolitik. Ich will ganz kurz die Probleme benennen, von denen ich meine, dass Sie hier in hohem Maße uns im

Wege stehen:

Das erste ist das steuerliche Umfeld. Wir wissen inzwischen sehr genau, dass forschende Unternehmen sehr stark auf das steuerliche Umfeld reagieren. Wir sind in Deutschland inzwischen – insbesondere, was die Unternehmensteuern anbelangt – zu einem Hochsteuerland geworden. Das macht es für sich genommen für forschende Unternehmen unattraktiver, in Deutschland zu investieren. Auch bei der persönlichen Einkommensteuer sind wir eher im oberen Drittel der steuerlichen Belastung. Das macht Deutschland insbesondere für hochspezialisierte Arbeitskräfte, die übrigens international mobil sind, unattraktiver. Dann haben wir noch besondere Situationen, insbesondere beim Gesellschafterwechsel. Seit der Unternehmensteuerreform 2008 besteht die Gefahr beim Gesellschafterwechsel – und junge Unternehmen haben häufig Gesellschafterwechsel –, dass Verlustvorträge untergehen und junge Unternehmen häufen Verluste an. Jetzt könnte ich noch eine ganze Menge von Gründen nennen, habe aber nur noch zehn Sekunden Zeit, deswegen nur noch ein Punkt, vielleicht können wir später nochmal darüber sprechen: Wie gehen wir mit Universitäten um? Wie gehen wir vielleicht auch um mit der Frage, in Zukunft MINT-Studenten zu gewinnen und – das halte ich für besonders wichtig: Wie können wir das Kapitalmarktumfeld für Unternehmen stärken? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Ja, ich bedanke mich für die Fragen, die wir vielleicht auch politisch irgendwann sinnvoll beantworten müssen, Herr Dr. Kaufmann ist jetzt dran für die AfD.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Meine Frage geht an Frau Dr. Bronsema.

Ich möchte noch mal den Standortvergleich Deutschland USA beleuchten: Sie heben in Ihrem Gutachten hervor, dass es der Bundesrepublik nicht gelungen sei, im Wettlauf mit den USA im Bereich der Biotechnologie aufzuholen. Im Gegenteil: Ihrer Einschätzung nach hat sich der Abstand zu den USA eher vergrößert in der letzten Zeit. Jetzt die Frage: Können Sie uns einen kurzen Überblick geben,



worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist und welche Maßnahmen nicht beziehungsweise nicht ausreichend in den letzten Jahren umgesetzt wurden?

SVe Dr. Viola Bronsema (BIO

Deutschland e.V.): Vielen Dank für die Frage. Der Punkt wurde schon angesprochen: Uns fehlt das Finanzierungsökosystem für junge Unternehmen, für Gründerinnen und Gründer. In der Biotechnologie sind das speziell Forscherinnen und Forscher. Wir kennen das Beispiel Uğur Şahin und Özlem Türeci. Ausgründungen aus der Uni, die dann ein Finanzierungsökosystem brauchen, um tatsächlich ihre Produkte an den Markt, an die Patientinnen und Patienten bringen zu können. Und der Unterschied ist tatsächlich, dass das Wagniskapital, das Venture Capital, das Eigenkapital in den USA sehr viel besser bereitgestellt wird als hierzulande. Wir kämpfen schon lange dafür, dass der Anteil des Venture Capital am BIP größer wird, damit tatsächlich auch die Investitionen in Forschung und Entwicklung noch weiter wachsen können.

Wir sind sehr gut in der Grundlagenforschung. Wir sind dann ganz gut in dieser Anfangsfinanzierung – auch noch mal zum Thema Förderung: Wir haben BioNTech gefördert mit 4 Millionen Euro mit der Gründungsoffensive Biotechnologie (GO-Bio), aber hinterher die erste Seed-Finanzierungsrunde waren 150 Millionen Euro Eigenkapital. Das hat es möglich gemacht, dass die beiden Forscherinnen und Forscher tatsächlich ihre Überlegungen, die sie aus der Grundlagenforschung gewonnen haben, in dieses Unternehmen überführt haben, und letztendlich uns dann in der Pandemie auch gerettet haben. Es ist ein toller Ausweis, dass wir zwei Firmen hatten, hierzulande. In den USA gab es eine, die ist aber tatsächlich mit Milliarden unterstützt worden. Da haben wir mit den Privatinvestitionen der Brüder Strüngmann und der Kooperation mit Pfizer tatsächlich ein Riesenglück. Das heißt, wir haben auch ein Wertschöpfungsnetz, was wir brauchen. Wir brauchen eben das spezielle Ökosystem. Was geschehen kann, wenn das klappt, haben wir gesehen in der Pandemie, indem wir eben mit BioNTech tatsächlich einen

weltweiten Player geschaffen haben in einem kleinen System, was sehr gut funktioniert hat. Das muss man multiplizieren!

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Vielleicht nutze ich nochmal die Chance, darauf hinzuweisen: Zumindest bei der WebEx-Schaltung ist es so, dass wenn Sie ihr Mikro anschalten, Sie im Bild sind. Das war in diesem konkreten Fall nicht schlimm, dass Sie im Bild waren und Herr Dr. Kaufmann schneller weggeschaltet wurde, er nimmt das persönlich wahrscheinlich auch nicht übel. Ich würde Sie nur darum bitten, erst bei Ihrer Antwort dann das Mikro anzuschalten. Wie gesagt, damit kann man technisch leben. Wir haben auch noch Fernsehkameras, die das ausgleichen, aber ich wollte es nur gesagt haben. Danke, das Wort hat Frau Kollegin Katzmarek für die SPD.

Abg. **Gabriele Katzmarek** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Frau Alexandra Krieger von der IGBCE.

Sie hatten bereits erwähnt, dass die industrielle Gesundheitswirtschaft und insbesondere die Biotechnologie ein starker Wachstumsmarkt ist mit großem Potenzial auch für Beschäftigung. Das ist in der Theorie sicherlich so. Gibt es aus Ihrer Sicht, von Ihrer Seite eine Analyse, die etwas mehr sagen kann zu den Beschäftigten, insbesondere zu der Frage Investitionsbereitschaft? Weil wir können ja darüber reden, aber wenn die Investitionsbereitschaft von Seiten der Unternehmen nicht da ist, dann werden wir uns weiter nur in der Theorie ergießen und wir wollen ja praktisch auch etwas hier in Deutschland davon haben. Vielen Dank.

SVe **Alexandra Krieger** (IGBCE): Vielen Dank. Ich denke, die Investitionsbereitschaft, vor allem die von privaten Investoren, ist sehr eng verknüpft mit der öffentlichen Förderung. Das heißt, wir haben auch – wieder Beispiel USA – durch dort gemachte Gesetze gesehen, dass das einen positiven Multiplikator hat, also einen Hebel für öffentliches Kapital durch privates Kapital. Was die Beschäftigungseffekte angeht, hatte ich ja ausgeführt, dass es tatsächlich dieses Potenzial über eine lange Zeit in einem sehr starken und positiven Trend gibt.

Und die andere Frage ist natürlich aber auch



immer: Was sollte denn die Voraussetzung dafür sein? Und ich habe vorhin gehört vom Sachverständigen, dass es eine hohe, auch soziale, Rendite gibt. Ja, das ist richtig. Aber auch die hat Voraussetzungen, und das würde bedingen, dass man öffentliche Fördermittel auch eng verknüpft mit diesen sozialen Voraussetzungen. Ein Beispiel ist Mitbestimmung und das sage ich jetzt nicht nur aus Sozialromantik, sondern auch mit ganz hartem Fakt. Denn es ist ja auch klar und immer wieder gesehen, dass Unternehmen in der Wachstumsphase plötzlich eine sehr starke Dynamik erfahren. Die muss aber koordiniert und geordnet werden. Und wenn wir in solchen Unternehmen Mitbestimmungsstrukturen haben, Betriebsräte haben, vielleicht sogar auf Unternehmensmitbestimmungsebene Aufsichtsräte, dann lässt sich dieser Prozess wesentlich stabiler organisieren und für alle Beteiligten dynamischer und unfallfreier auch organisieren. Ein Negativbeispiel – muss ich leider sagen – ist in der Beziehung BioNTech, denn dort hat man uns mitbestimmungsmäßig die Sache sehr schwer gemacht, beispielsweise bei der Gründung von Betriebsräten. Das muss ja so nicht sein. Aber wie gesagt, ein deutliches Petitionum: Das eine tun, das andere nicht lassen – Förderung ja, aber eben an Bedingungen geknüpft, um auch die soziale Rendite zu heben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Krieger. Vollständig in der Zeit und deswegen ist jetzt wieder Thomas Jarzombek dran für die CDU/CSU.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich würde in dem Kontext nochmal an Frau Dr. Bronsema die Frage stellen wollen, wie Sie denn aktuell die Entwicklung der Forschungszulage bewerten?

Denn wenn wir hier jetzt darüber reden, dass wir Forschung auch gerade in privaten Unternehmen unterstützen wollen und wir alle auch eine Lücke im Finanzierungsökosystem ausgemacht haben, ist das ja ein weiteres Instrument, was insbesondere Kanzler Scholz noch als Finanzminister vorangetrieben hat und wir zuletzt gesehen haben, dass die Abrufquoten doch verhältnismäßig niedrig sind.

Der Vorsitzende: Frau Dr. Bronsema.

SVe Dr. Viola Bronsema (BIO Deutschland e.V.): Vielen Dank für die Frage. Wir haben tatsächlich gerade eine Umfrage gemacht bei unseren Mitgliedern und die grundsätzliche Zufriedenheit mit der Forschungszulage ist größer, als wir dachten. Diejenigen, die es schon probiert haben, sind zufrieden. Es haben viele nicht probiert. Wahrscheinlich, weil sie sich haben abschrecken lassen. Da müssen wir sicher noch dran drehen, dass wir die Bemessungsgrundlagen so verändern, dass es attraktiver wird und dass vielleicht auch mehr kleine und mittlere Unternehmen speziell nochmal angesprochen werden, damit das Ökosystem insgesamt durch die steuerliche Forschungszulage gefördert wird. Also: grundsätzlich positiv, aber tatsächlich Verbesserungsbedarf.

Weiter haben wir immer mit einem Potpourri zu tun bei allen Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben: 500 Millionen Euro Beteiligung bei IPCEI, ein Biotech-Zukunftsfonds. Das muss alles ineinander greifen, sodass tatsächlich für die Unternehmen die Möglichkeit besteht, sich umfassend in der Wertschöpfungskette unterstützen zu lassen.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Bernd Westphal stellt die nächste Frage.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht auch an Frau Dr. Bronsema.

Wie beurteilen Sie die Förderrahmenbedingungen jetzt? IPCEI Health ist ja etwas, was der Branche zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Wo sind die Defizite? Sie sprachen eben von Vereinfachung: Was kann man gezielt dann noch mehr mitfordern, wenn man so ein Instrument wie IPCEI Health hat, was jetzt auf der Strecke bleibt?

SVe Dr. Viola Bronsema (BIO Deutschland e.V.): Vielen Dank für die Frage. Grundsätzlich ist es so, dass wir insgesamt schneller werden müssen. Wir brauchen mehr Fachleute, die schneller Anträge bewilligen können, die besser in der Lage sind, Situationen einzuschätzen. Und wir müssen auch da



„German Speed“ produzieren. Die Pandemie war ein Ausnahmefall, die Unternehmen haben rund um die Uhr gearbeitet, aber auch die Behörden. Wir müssen sehen, dass wir die Rahmenbedingungen an Bürokratie, an Regulierung für diesen ganzen Bereich schneller machen. Die Gelder müssen schneller zur Verfügung stehen. Das gilt auch für das IPCEI Health. Wir haben im Moment 185 Millionen Euro. Wir müssen die „erste Welle“ von hier aus begleiten, weil IPCEI sieht auch vor, dass man Spill-over-Effekte hat. Das heißt, wir erwarten von den Ländern in der „ersten Welle“, dass sie auch möglich machen, dass deutsche Firmen sich beteiligen und in der „zweiten Welle“ müssen wir sicherstellen, dass wir die bestehenden Lücken schließen, etwa bei der Medizintechnik, aber auch bei der Bio-IT, bei den Pharmadaten, beim Forschungsdatenzugang. Das muss begleitet werden, auch durch Beschleunigung im System.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Sie haben gerade von „German Speed“ gesprochen. Ich dachte, ich hätte mich verhöhrt, ich will das jetzt gar nicht negativ sagen. Schön, dass Sie so eine Geschwindigkeit noch sehen in diesem Land.

SVe **Dr. Viola Bronsema** (BIO Deutschland e.V.): Ich wollte sagen, dass wir das bitte an den Tag legen möchten. Übrigens schreiben wir „German Speed“ hinten mit großem D seit Neuestem, so heißt es „German Speed Daily“.

Der **Vorsitzende**: Gut, dass Sie das vielleicht noch zusätzlich erwähnt haben. Ich bin gar kein Pessimist, aber ich würde mir wünschen, dass das ein bisschen höher ist in Deutschland bei der einen oder anderen Situation. Stefan Rouenhoff für die Union.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Frau Dr. Bronsema.

Wir sind hier in einer Situation in Deutschland, in der Investitionsprüfungen in sensiblen Bereichen, auch im Biotech-Bereich erfolgen. Es gibt die Diskussion auf bundesdeutscher Ebene über die Verschärfung des Außenwirtschaftsrechts. Mich würde interessieren, wie Sie die aktuelle rechtliche Lage und die mögliche künftige rechtliche Lage einschätzen mit Blick auf Investitionen im

Biotech-Bereich.

SVe **Dr. Viola Bronsema** (BIO Deutschland e.V.): Vielen Dank für die Frage. Tatsächlich ist Biotechnik ein internationales Geschäft. Das heißt, wir sind auf internationale Investoren angewiesen und müssen sehen, dass wir da die Investitionen durch ausländische Investoren ermöglichen. Das geht natürlich nur, wenn es nicht zu sehr hürdenbewehrt ist oder zu lange dauert, Herr Vorsitzender.

Das heißt, zum einen sind wir sehr froh, dass zumindest die Schwelle von 10 Prozent Beteiligung auf 20 Prozent Beteiligung angehoben wurde. Jetzt müssen wir sehen, dass wir bei den Bewilligungen dieser Investitionen so schnell werden, dass die Investoren nicht wieder davonlaufen. Das heißt, wir müssen jetzt sehen, dass wir vielleicht mit Genehmigungsfiktionen arbeiten, damit man wirklich in vier Wochen, 30 Tagen die Zusage bekommt und wenn die nicht gegeben werden kann – aus welchem Grund auch immer – zumindest eine Genehmigungsfiktion vorliegt, damit man weiter voranschreiten kann. Dafür brauchen wir auch in den Behörden eine Fehlerkultur. Wir müssen sicherstellen, dass nicht die Angst vorherrscht: „Das ist neu, die kenne ich nicht, die sind fremd“, sondern dass wir wirklich insgesamt leistungsfähiger werden in unserer Infrastruktur. Dafür müssen wir keinen Wasserkopf aufblähen, aber wir müssen die Leute, die es genehmigen sollen, befähigen, das in endlicher Zeit zu tun.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, ich bin gespannt, ob auch die anderen Sachverständigen noch zu Wort kommen. Frau Kollegin Sekmen.

Abg. **Melis Sekmen** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine zweite Frage dreht sich um den Bereich Daten, Datenzugang. Wir wissen, dass in der Gesundheitsforschung die Quantität von Daten entscheidendes Qualitätsmerkmal dafür ist, wie wir Therapieformen entwickeln – sowohl für die Prävention bei Patientinnen und Patienten, aber auch für eine schnellere Diagnose. Und meine Frage richtet sich an Frau Stamm.

Wie bewerten Sie in diesem Kontext die bisher in Deutschland herrschenden



Rahmenbedingungen? Und welche konkreten Verbesserungen schlagen Sie uns als Wirtschaftsausschuss vor?

SVe Dorothee Stamm (BVMed e.V.): Vielen herzlichen Dank für die Frage. Auch hier wünschen wir uns das Thema „German Speed“ mit „D“, aber hier für Daten. Denn wie Sie richtig sagen: Daten sind extrem wichtig für die Therapie und deren Weiterentwicklung, aber auch für Prävention und Diagnose, ergo: Daten können Leben retten. Was wir aber in Deutschland leider viel zu häufig sehen, ist, dass der Datenschutz über den Gesundheitsschutz gestellt wird.

Als Medizintechnikindustrie liefern wir Produkte zur Diagnose, Behandlung und Heilung von Patientinnen und Patienten. Und für uns ist es extrem wichtig, dass wir diese Therapien auch im Versorgungsalltag in der Realität bewerten können, dass wir nachvollziehen können, wie sie tatsächlich eingesetzt werden und dann auch wirken. Und wir benötigen Daten für die Weiterentwicklung von Therapien mit Künstlicher Intelligenz (KI). Denn nur so kann die KI lernen. Für all das benötigen wir allerdings als Industrie einen Zugang zu diesen Gesundheitsdaten. Doch im Vergleich zu vielen anderen Ländern in Europa und auch insbesondere in den USA steht uns dieser Zugang so nicht zur Verfügung. Das heißt, das sollte geregelt werden: Wir bräuchten einen Zugang als Industrie und gleichzeitig ist das Thema Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beziehungsweise die sehr strenge Auslegung der Datenschutzgrundverordnung in Deutschland und die unterschiedliche Auslegung der DSGVO in den 16 Bundesländern ein absolutes Hindernis, um beispielsweise schneller länderübergreifende Studien durchzuführen und auch andere Projekte zu initiieren.

Ein weiteres Hindernis ist das Thema Interoperabilität. Denn Daten sind nur dann gut nutzbar, wenn sie auch vielfältig zur Verfügung stehen. Dafür müssen aber die Daten, die aus unterschiedlichen Quellen, wie Medizintechnik, wie dem Krankenhaus kommen auch miteinander kombinierbar sein. Das ist aber leider in Deutschland nicht immer beziehungsweise oftmals nicht der Fall, weil die

Kombinierbarkeit und die Interoperabilität nicht gegeben ist und das ist für die Unternehmen eine erhebliche Schwierigkeit, weil wir ja unsere Therapieprodukte nicht nur für Deutschland herstellen, sondern für den Weltmarkt. Wir haben eine Exportquote als Industrie von 66 Prozent. Somit wünschen wir uns, dass es internationale Standards gibt, dass es keine deutschen, keine europäischen Sonderwege gibt, sondern internationale Standards, damit diese Daten auch leichter genutzt werden können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Stamm, nun der Kollege Ulrich für Die Linke.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Guten Morgen. Vielen Dank an alle Sachverständige. Meine Frage richte ich an Herrn Schaaber. Wo sehen Sie eine staatliche Förderung überhaupt als notwendig und sinnvoll an und welche Probleme sehen Sie?

SV **Jörg Schaaber** (BUKO): Vielen Dank erstmal für die Frage und auch für die Einladung. Ich will das in vier Kernpunkte fassen:

Staatliche Förderung ist nur gerechtfertigt, wenn nützliche Produkte entwickelt werden. Das ist ein wichtiger Punkt, der manchmal übersehen wird. Den Innovationsbegriff muss man auch kritisch sehen: Nicht jede Innovation bringt auch wirklich Fortschritte.

Förderung ist nur da sinnvoll, wo Produkte sonst nicht entstehen würden, die gebraucht werden.

Und natürlich drittens: Der Zugang zu den Produkten muss gesichert sein. Als Vertreter einer global tätigen Organisation sage ich das nicht nur für Deutschland, sondern weltweit. Gesundheit ist ein Menschenrecht. Auch schon die alte Bundesregierung hat sich als „Global Health Champion“ bezeichnet und eine globale Gesundheitsstrategie entwickelt. Insofern finde ich es einen wichtigen Punkt, dass man auch den internationalen Zugang gewähren muss.

Wir sitzen hier ja im Wirtschaftsausschuss und wir dürfen nicht vergessen, dass das Wachstum – ich beschränke mich jetzt mal auf die Pharmaindustrie, weil ich mich da am besten auskenne – auch höhere Ausgaben für die Krankenversicherung bedeutet. Das sollten wir



vielleicht auch sehen.

Der letzte Punkt, den ich machen möchte: Es ist ja Konsens, dass die Grundlagenforschung sehr stark öffentlich gefördert wird, das ist unstrittig. Auch zunehmend in Richtung Produktentwicklung. Was aber untergeht, ist die Frage nach dem Public Return und Public Investment. Der Staat fördert und was bekommt er zurück? Sowohl im Antrag als auch in den anderen Stellungnahmen ist mir ein bisschen aufgefallen, dass das regulatorische Umfeld so definiert wurde, dass zu stark reguliert werde. Ich persönlich sitze im Gemeinsamen Bundesausschuss als Patientenvertreter. Was wir da sehen ist, dass wir tatsächlich einige sehr gute neue Produkte haben. Aber wir sehen auch viele Produkte mit nur begrenztem Zusatznutzen und sehr viele Produkte ohne irgendwelchen Zusatznutzen. Ich denke, da muss man doch wirklich schauen, was man fördert und was es kostet.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Schaaber. Heute ist der Tag des Komplimentes und es waren gute Fragen. Ich will alle Fragesteller loben. Und auch die Antworten der Sachverständigen, die bisher stattgefunden haben – nur weil heute der Tag des Komplimentes ist (*lacht*). Das ist aber auch in der Sache natürlich begründet, keine Frage.

Frau Kollegin Dr. Brantner hat darum gebeten, kurz eine Stellungnahme abzugeben. Das ist bei uns möglich.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Herzlichen Dank. Ich wollte nur kurz zwei Punkte ansprechen, weil es mehrfach im Raum stand: Es hieß, wir hätten zwei Milliarden auf der hohen Kante. Da liefere ich gerne noch einmal die Daten und, Herr Jarzombek, Sie wissen auch wie der Fonds funktioniert. Dass da viele Gelder nicht am ersten Tag ausgegeben werden, aber das nur am Rande.

Frau Stamm, weil Sie und schon einige andere von Ihnen dieses Datenthema schon angesprochen haben: Das haben wir explizit als erstes Thema jetzt bei uns in dem Gesundheitswirtschaftsdialog identifiziert und meines Wissens findet am 20. März auch dazu die erste Sitzung statt. Auch wenn das nicht im engeren Sinne zum Thema IPCEI Health gehört,

sehen wir den Punkt als eine der größten Hürden und als erstes Thema in dem Dialog.

Der **Vorsitzende**: Wir freuen uns natürlich, wenn die Bundesregierung uns weiterhelfen kann, insbesondere da, wo es notwendig ist. Gerald Ullrich für die FDP.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hoffe, ich kann mich auch einreihen in die Qualität der Fragestellungen, die Sie erwähnt haben. Ich würde Herrn Dr. Eckert eine Frage stellen wollen.

Das Stichwort „BioNTech“ fiel schon mehrfach. BioNTech macht jetzt seine Krebspräventionsstudien nicht in Deutschland, sondern in England. Das muss ja irgendwelche Gründe haben. Am Geld wird es wahrscheinlich nicht alleine liegen. Denn Geld gab es gerade für BioNTech genug. Was auch überhaupt nicht in Abrede zu stellen ist, denn es kam ja auch was Vernünftiges raus dabei, das ist ganz klar. Aber trotzdem schreiben Sie ja auch in Ihrer Stellungnahme, Herr Dr. Eckert, dass es viel mehr an den Rahmenbedingungen liege, dass wir bei der Biotechnologie nicht vorankämen. Vielleicht können Sie noch einmal genauer auf Ihre Punkte eingehen, bei denen Sie über den steuerlichen Verlustrücktrag und auch über die Genehmigungsverfahren sprechen. Vielleicht könnten Sie das noch einmal vertiefen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Eckert. Bitte schön.

SV **Dr. Andreas Eckert** (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Vielen Dank für die Frage und danke für die Einladung.

Der Kernpunkt dieser Frage nach BioNTech ist die Frage nach der Translation. Wo schafft man Wertschöpfungsketten wirklich vom Anfang bis zum Ende? Der Antrag deckt natürlich viel mehr ab. Er würde auch Firmen begünstigen, die irgendwo zwischendurch Ergebnisse aufnehmen und von dort aus weiter forschen. Aber die richtigen großen Sachen sind diese, die in Deutschland angefangen und bis zum Ende durchgeführt werden. BioNTech zeigt, wie weit man da kommt. Des Weiteren zeigt das Beispiel, dass es sehr wenige von solchen Projekten gibt. Wenn Sie mal schauen, was aus den Unis oder etwa aus dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in der Helmholtz-



Gemeinschaft herauskommt und tatsächlich hierzulande zu Ende geführt wird, dann ist die Bilanz in den letzten Dekaden in Deutschland vernichtend. Das können Sie relativ gut herausfinden, indem Sie die Statistiken der U.S. Food and Drug Administration (FDA) einsteigen, dort gibt es das „Orange Book“. Das verknüpft Patente mit Zulassungen. Damit erleichtern die Amerikaner den Generika-Herstellern den Wettbewerb. Das heißt, die Generika-Hersteller haben das Recht zu wissen: Wann laufen Patente aus? Das muss jeder vorher melden, dann können die dort ansetzen. Man kann das sehr gut verknüpfen, aber die Translation in Deutschland ist absolut gering.

Warum ist das so? Es liegt nicht daran, dass nicht genug Geld ausgeschüttet wird über Unis oder über Start-Ups, sondern an den Rahmenbedingungen. Sie müssen Produkte vom Markt entwickeln und da spielen diese Rahmenbedingungen herein. Das eine ist: Sie müssen das über Eigenkapital finanzieren. Da gibt es drei Quellen: zunächst die existierenden Pharmaunternehmen, die haben gar kein Problem. Bayer kann Verluste sofort abschreiben und verrechnen mit inländischen Betriebsstättengewinnen. Sie haben weiter die reichen Personen wie die Gebrüder Strüngmann oder Dietmar Hopp, die können das auch. Aber für Fonds sind von vornherein durch den Untergang der Verlustvorträge die Kapitalkosten um 50 Prozent höher als woanders. Sie haben gerade von Frau Dr. Bronsema das Beispiel gehört: BioNTech bekommt 4 Millionen Euro staatliche Förderung ausgeschüttet und dann ist die erste Finanzierungsrunde 150 Millionen Euro! Die 4 Millionen klingen erst einmal viel, aber es ist vergleichsweise sehr wenig. Genau da spielen Kapitalkosten und das Regulatorische eine Rolle – zu dem ich vielleicht in der nächsten Frage komme (*lacht*).

Der **Vorsitzende**: Genau, Sie haben dieses System vollständig verstanden (*lacht*). Frau Kollegin Katzmarek bitte.

Abg. **Gabriele Katzmarek** (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. German Speed – dass es schneller gehen muss, wurde gesagt, insbesondere in Schlüssel- beziehungsweise Zukunftsindustrien, über die wir gerade reden. Das ist vollkommen

richtig. Wir brauchen ein neues Deutschland-Tempo, speziell in der Branche der industriellen Gesundheitswirtschaft. Genau deshalb haben wir – wenn es auch nur ein kleiner Baustein ist – mit den Geldern, die im Haushalt eingestellt worden sind zu IPCEI Health dazu einen Punkt gesetzt und wollen das weiter tun. Ich glaube nämlich, dass wir den Fokus auf die richtige Stelle gesetzt haben. Deshalb ist es ein wichtiges Instrument. Ich möchte meine Frage an Frau Plöger richten.

Frau Plöger, können Sie von Seiten des BDI eine Einschätzung dazu geben, was die Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Branche der industriellen Gesundheitswirtschaft bedeutet oder bedeuten kann? Wie wird es bei Ihnen diskutiert?

SVe **Iris Plöger** (BDI): Herzlichen Dank für die Einladung heute. Es ist, sagen wir, kein Doppel-Wumms, nicht einmal ein Wumms. Es ist eher ein „Wümmchen“, was wir da haben. Aber immerhin haben wir ein erstes Commitment, nachdem die erste Welle des IPCEI an uns vorbei gerauscht ist. Deswegen werde ich an dieser Stelle auch dafür, dass wir schauen, wo wir Spill-over-Effekte aus dieser gerade laufenden ersten Welle besser nutzen können.

Für die Industrie ist es ein wichtiges Signal, dass wir tatsächlich diese Schlüsseltechnologie und diesen Industriezweig in Deutschland und Europa weiter groß machen wollen. Wir haben die Reihe von fehlenden Rahmen- oder störenden Rahmenbedingungen besprochen. Ich glaube, es geht darum, ganz konkret jetzt Technologiefelder zu entwickeln, anhand derer man die Probleme, die fehlenden Rahmenbedingungen auch durchdeklinieren kann. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir vom BMWK das Signal bekommen haben, dass grundsätzlich die Gesundheitsindustrie stark unterstützt werden soll. Wir freuen uns natürlich auch, wenn wir ein entsprechendes Commitment dann für das IPCEI und die Umsetzung im entsprechenden Dialogformat finden. Ich habe noch Zeit, da kann ich noch weitermachen. –

Der **Vorsitzende**: – Noch 50 Sekunden. Was Sie immer schon einmal sagen wollten (*lacht*).



SVe **Iris Plöger** (BDI): (*lacht*) Ja, ich habe überlegt, ob ich das aufsparen kann. Ich habe aber auch überlegt: Es ist interessant, dass wir heute nur noch über „German Speed“ sprechen und nicht mehr über „Deutschland-Tempo“. Wenn wir das im Deutschen diskutieren, sind wir wahrscheinlich alle nervös, dass es dann tatsächlich auch die „deutsche Lösung“ wird.

Es ist für uns auch wichtig bei den IPCEI zu betonen, dass es ein europäisches Projekt ist. Wir haben bisher industrielle Gesundheitswirtschaft sehr stark als deutsches Phänomen gesehen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das ganzheitlich für Europa denken. Wir werden sicherlich noch zum Thema Resilienz kommen. Wir haben bei Corona sehr stark über Resilienz diskutiert, aber wir fahren bei diesen Themen immer auf Sicht: Wir ändern nicht die Strukturen, die uns stören, sondern denken über kurzfristige Beschaffungsmaßnahmen und Absicherung nach. Wir planen nicht mit einer gewissen Weitsicht das Thema industrielle Gesundheitswirtschaft so, dass es uns tatsächlich eine stärkere Unabhängigkeit in einem veränderten internationalen Umfeld gibt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihren Support. Der Kollege Albert Rupprecht hat das Wort.

Abg. **Albert Rupprecht** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Eckert.

Sie haben bei der Zusammenfassung sechs Punkte aufgezählt, die natürlich teils sehr umfänglich sind. Dass es etwa einen Kulturwandel brauche. Letztendlich ist in der Prozesskette, wie Sie zu Recht beschrieben haben, ein Momentum, ein Beschleuniger erforderlich, den man wirklich politisch heben kann und dann entsteht daraus eine Dynamik. Wenn Sie jetzt zwei Maßnahmen nennen könnten, die politisch gehoben werden könnten und zeitnah ein Momentum brächten, welche Maßnahmen wären das?

SV **Dr. Andreas Eckert** (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Vielen Dank für die Frage. Das erste wäre eine steuerrechtliche Maßnahme. Das Bundesfinanzgericht hat das auch schon aufgelockert. Der Untergang der Verlustvorträge ist schrittweise schon zurückgeführt worden.

Sie müssen jetzt nur noch fünf Jahre lang warten und so weiter und so fort. Das ist sicherlich der größte Hebel. Denn es ist nicht verständlich, warum versteuertes Kapital, das investiert wird, dann untergeht, wenn man die Investition weiterverkauft. Die Entwicklungsphase bei solchen Projekt dauert oftmals sehr lange. Das liegt daran, dass die Entwickler häufig drei, viermal daneben liegen. Dann müssen Sie weitermachen, da sind schnell zwanzig Jahre vergangen. Das kann kein Fonds realisieren. Sie müssen verkaufen, müssen weiterreichen. Es sei denn, Sie wären ein Pharmaunternehmen, dann könnten Sie es verrechnen oder Sie hätten unendlich Zeit. Der erste Hebel wäre deswegen für mich das Steuerrecht.

Der zweite Hebel wäre regulatorischer Natur. Warum geht BioNTech nach England? Wenn Sie es sich genauer anschauen, sind dort natürlich die besseren Regulatoren. Warum ist BioNTech mit Pfizer nach Israel gegangen? Weil die Israelis die Daten bereitgestellt haben. Aber das sind nicht nur die Daten. Das sind auch die Behörden selbst, die in der Lage sind, solche Sachen zu organisieren. Das heißt, ich habe nichts dagegen, dass man jetzt Fonds umwidmet und mehr Geld ausschüttet. Aber, wenn Sie wirklich die Sachen vorantreiben wollen, dann ist das die Kärnerarbeit von Frau Dr. Brantner und anderen in den Behörden. Wir haben selbst mit den Behörden zu tun. Es ist mühsam, Sie gehen nicht gerne zum Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Wir haben Glück, dass wir über die europäischen Systeme dort immer in Dänemark anklopfen können. Die sind dann auch flexibel und machen da Sachen. Sie können in andere Jurisdiktionen schauen, in die USA natürlich. Wenn Sie sich anschauen, welche Beratungsleistungen die FDA da vollbringt, auch für Firmen, wie weit sie das voranbringen. Das sind Welten. Dort müssen Sie ansetzen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Malte Kaufmann für die AfD.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Eckert.

Noch einmal zum Thema Wagniskapital: Sie



haben darauf hingewiesen, dass die Ursache für die geringe Translation das geringe Wagniskapital in Deutschland sei. Sie kritisieren, dass im Gesundheits- und im Rentensystem zu wenig Geld für Wagniskapital verfügbar sei. Zu diesem Teilaspekt: Wie und in welchem Umfang sollte aus Ihrer Sicht Wagniskapital aus dem Gesundheits- und Rentensystem verfügbar gemacht werden? Was sind die Voraussetzungen dafür?

SV Dr. Andreas Eckert (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Vielen Dank für die Frage. Das ist natürlich eine größere Meta-Ebene. Wo liegt die Ursache, warum die Amerikaner so weit voran sind? Weil sie das Rentensystem über eine Kapitalmarktlösung und nicht über eine Umlage finanzieren und deshalb ist der Kapitalmarkt tiefer. Deshalb wird mehr investiert, deshalb haben Sie auch mehr und mehr Nachfrage nach Anlageinvestitionen. In Deutschland liegt das Problem darin, dass wir den großen Kapitalsammelstellen wie den Versicherungen zum Teil politisch vorschreiben, dass sie bestimmte Quoten nicht überschreiten dürfen oder überhaupt nicht in nicht „mündelsichere“ Wertpapiere investieren. Die müssen dann etwa in Staatsanleihen investieren.

Wenn man dort mit kleinen regulatorischen Maßnahmen nachsteuern würde, bin ich sicher, dass man große Effekte erzielen würde. Das wäre die Antwort für den Kapitalmarkt. Man wird das deutsche System, das hier seit Bismarck läuft, nicht umändern können. Das wäre völlig illusorisch. Das hat auch bestimmte kulturelle Gründe, aber an den Dingen müsste man ansetzen, wenn man in diesem absolut interessanten und aussichtsreichen Feld der Biotechnologie beziehungsweise der Pharmazie weiterkommen möchte.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Melis Sekmen hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. **Melis Sekmen** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stichwort: Gesundheitsversorgung und ländlicher Raum. Gerade letzterer steht ja vor großen Herausforderungen. Und jetzt kann man sagen, dass man nicht direkt das Förderprogramm mit dieser Thematik verbinden

kann. Wir denken aber schon, dass man das kann, weil wir auch den Bedarf für die digitalen Anwendungen an dieser Stelle für relevant halten. Der Bedarf wird ja auch dadurch gesteigert. Meine Frage geht an Frau Stamm.

Inwieweit können wir das Programm dafür nutzen, um die Bedarfe und auch die eventuellen Versorgungslücken damit zu schließen? Beziehungsweise, wie können wir Forschung und Entwicklung in dem Bereich besser aufstellen, damit diese Anwendungen vorangetrieben werden und auch besser im Markt platziert werden?

SVe Dorothee Stamm (BVMed e.V.): Vielen Dank für die Frage. IPCEI Health kann auf jeden Fall im Bereich Digitalisierung einen wichtigen Beitrag leisten. Und wie schon gesagt: All jene Anwendungen, die kurz vor der Marktreife stehen, wie beispielsweise innovative digitale Verfahren oder KI-Verfahren, dann auch in den Markt bringen. Schließlich kann es insgesamt dazu beitragen, dass wir mehr Experimentierfreude wagen und auch mehr Experimentiermöglichkeiten haben. Wenn wir das Beispiel Telemedizin nehmen, also das digitale Anbieten von medizinischen Leistungen. Da sehen wir aktuell, dass auch hier Rahmenbedingungen existieren, die ganz eng gesetzt sind und damit das große Potenzial nicht voll zur Entfaltung bringen. Damit könnten aber beispielsweise ländliche Regionen sehr viel besser versorgt werden, als es jetzt aufgrund der ohnehin schon überlasteten Einzelpraxen der Fall ist. Dabei können digitale Anwendungen, Anwendungen aus der Medizintechnologie und Services enorm helfen. Denn, wie schon gesagt, senden viele Medizinprodukte heute bereits Daten und ermöglichen damit einen ganz genauen Einblick in die Versorgung. Sie ermöglichen beispielsweise auch das Aufsetzen von Alarmsystemen, um ein frühzeitiges Eingreifen etwa bei Herzerkrankungen gewährleisten zu können. Ein weiterer Anwendungsbereich ist bei der Nachsorge von Patientinnen und Patienten bei Implantaten oder bei der Versorgung von Diabetes oder anderen chronischen Erkrankungen.



Insgesamt könnte diese Technik, könnten innovative Verfahren viele Routinearztbesuche ersetzen und damit das System insgesamt etwas entlasten. Diese vielfältigen Möglichkeiten treffen aber – und hier komme ich wieder zurück auf die Rahmenbedingungen, die so nicht existieren und das insgesamt erschweren in Deutschland – auf ein Vergütungssystem, das neue Prozesse entweder gar nicht oder nur sehr langsam integriert. Gleichzeitig müssen technische Aspekte, die zur Versorgung notwendig sind, entsprechend finanziert werden. Beispielsweise müssen Daten in der Cloud gespeichert werden oder die Interoperabilität gewährleistet werden. Das ist heute leider noch nicht der Fall. Ein letzter Punkt: Es müssen auch digitale Produkte insgesamt schneller in die Versorgung gebracht werden.

Der **Vorsitzende**: Sehr gut, ein wichtiger Satz zum Schluss. Bernd Westphal fragt für die SPD.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Herr Vorsitzender, meine Fragen gehen an Frau Plöger.

Zunächst einmal ist klar einzuordnen, dass die Pandemie, aber auch andere Volkskrankheiten gezeigt haben, dass man als Standort Deutschland, als starkes Industrieland, bei diesen Fragen und in dieser Branche an führender Stelle dabei sein muss. Sie haben vorhin Resilienz angesprochen, also eine Frage der Sicherheit und Versorgungssicherheit und anderer Dinge. Da ist es sicherlich gut, dass wir dabei sind. Ist dann die Fokussierung auf Biotech sinnvoll oder muss es breiter aufgestellt werden? Die zweite Frage: Biotechnologie ist ein globaler Markt mit enormem Wachstumspotenzial. Was können wir von anderen Ländern lernen?

Der **Vorsitzende**: Frau Plöger, bitte.

Sve **Iris Plöger** (BDI): Herzlichen Dank, Herr Westphal für die Frage. Also, ich glaube, es gibt gar keine Fokussierung auf BioNTech, aber BioNTech ist das Beispiel, das uns alle hier sehr stolz macht – Achso, ich hatte BioNTech verstanden, aber das Unternehmen zeigt die Fokussierung auf Biotechnologie sehr gut. Ich hatte, ehrlich gesagt, die Biotechnologie

zwischenzeitlich am Standort Deutschland politisch schon abgeschrieben, weil es eine sehr schwierige Debatte war. Wir haben ja eine gewisse Farbenlehre bei der Biotechnologie, wie wir sie vielleicht parallel jetzt auch beim Wasserstoff diskutieren. Ich kann an dieser Stelle nur dafür werben, dass wir möglichst technologieoffen all diese Fragen diskutieren, weil wir nicht am Anfang eines Innovationsprozesses wissen, was am Ende dabei herauskommt.

Um noch einmal das Thema BioNTech hier zu bemühen: Wir wissen, dass diese Technologie eigentlich im Bereich der Krebsbehandlung eingesetzt werden sollte und gar nicht für Impfstoffe gedacht war. Es war also ein sogenannter „Zufallsfund“, der die Lösung für den heiß begehrten Corona-Impfstoff war. Biotechnologie hat eine zentrale Rolle, weil es mit den anderen Bereichen sehr eng verbunden ist. Frau Dr. Bronsema hat es schon hervorgehoben. Wir stehen im BDI auch dafür, dass wir nicht mehr die einzelnen Industriebereiche sehen, sondern erkennen, dass diese sehr stark durch die Digitalisierung zusammenwachsen und zusammenwirken. Deswegen auch vorhin mein Werben dafür, dass wir die erste Phase des IPCEI nutzen und schauen, welche Spill-over-Effekte wir haben. Genauso würde ich auch die Förderung der Biotechnologie nicht isoliert sehen wollen, sondern auch diese wird wieder von Nutzen für andere Branchen sein.

Zur zweiten Frage: Das ist ein breites Feld. Wir haben schon einige Ländervergleiche heute angestrebt. Zurzeit diskutieren wir in Europa den Inflation Reduction Act rauf und runter. Das zeigt sehr gut: Die USA haben sich genau angeguckt, wie Europa, das eigentlich Vorreiter bei der Klimaschutzpolitik war, das Thema angeht und haben ihre Antwort darauf gefunden. Ich glaube, das klang in den anderen Beiträgen schon durch. Es geht darum, auch ein Verständnis für den Gesamtprozess zu haben, vom Anfang bis zum Ende. Wir sehen, dass es in Deutschland zwar ein Anfangsbemühen gibt, auch Fördermaßnahmen. Aber dann haben wir einen „Strömungsabriss“. Wir sollten ganz andere Anreize setzen, wenn wir es ehrlich meinen, die Gesundheitswirtschaft als



Wachstumsmarkt für Deutschland, für Europa zu sehen.

Der **Vorsitzende**: In 30 Sekunden zu erklären, was Deutschland von der Welt lernen kann, ist anspruchsvoll (*lacht*). Thomas Jarzombek, bitte.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Den Versuch werde ich nicht machen, Herr Vorsitzender (*lacht*).

Erst einmal eine Antwort beziehungsweise Reaktion auf Kollegin Dr. Brantner: Diese 2 Milliarden Euro, die offen seien, sind eine Angabe aus Ihrem Haus und nicht von uns. Zum zweiten geht es nicht um Mittel, die schon verausgabt wurden – das ist schon klar, dass da Zeiträume von über zehn Jahren sind. Sondern es geht um Mittel, die nicht verplant sind, wo es noch kein Konzept gibt. Nachfragen und Arbeiten wären meine Empfehlung an der Stelle. Da kann man, glaube ich, wirklich viel Gutes bewirken. Und da möchte ich auch noch mal auf die Stellungnahme von Herrn Dr. Eckert eingehen: Das soll eben kein komplementäres Produkt sein zum europäischen Investitionsfonds, sondern eher ausgelegt sein auf „geduldiges Kapital“. In der Investitionsstrategie wie beim High-Tech Gründerfonds, der zum Beispiel mit dem Biotech-Unternehmen MYR und anderen Dingen auch im Biotech-Bereich Ergebnisse erzielt hat. Ich würde Dr. Eckert aber nochmal nach zwei Punkten fragen wollen:

Zur Regulatorik haben Sie ja schon viel gesagt, wo ich auch mitgehe. Einmal das Thema Gesundheitsdaten: Für wie relevant halten Sie das und wie beurteilen Sie den Zugang aktuell mit all den Dingen, die gerade in Rede stehen. Zum zweiten: das Thema Verbote, beispielsweise Gen-Editing, wo ja auch die neue Zukunftsstrategie, der Forschungsrahmenplan für die nächsten Jahre ursprünglich sehr positiv war. Inzwischen sind die Risiken dort sehr stark aufgeführt.

SV **Dr. Andreas Eckert** (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Vielen Dank. Ich schließe mich der Meinung von Frau Stamm an. Die Datenlage ist schlecht. Schon der Föderalismus zerstört das, weil hierdurch alles heterogen wird und somit nicht nutzbar ist. Damit Sie beim Gemeinsamen Bundesausschuss

argumentieren können, dass Produkte funktionieren, müssen Sie auf Daten zugreifen, und nicht nur auf die Behandlungsdaten, sondern auch auf Nachfolgedaten. Das läuft bis jetzt alles katastrophal, ist faktisch Neuland, Brachland. Sie haben jetzt die Möglichkeit, sich kleine Apps genehmigen zu lassen. Aber das ist alles Klein-Klein. Alles schwer, sehr schwer. Ob wir da rauskommen, weiß ich nicht. Man muss vielleicht akzeptieren, dass wir wie Italien sind. Die werden nie eine große Autoindustrie haben. Wir werden nie eine große Biotech-Industrie haben. Man hat mit der Datenschutzgrundverordnung vielleicht irgendwann mal den Abzweig verpasst, aber die Dystopie will ich hier nicht weiter ausbreiten.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Der zweite Teil der Frage bezog sich auf Gen-Editing.

SV **Dr. Andreas Eckert** (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Natürlich, da sind die katastrophalen letzten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zu nennen, die die regulatorischen Hürden höher und höher setzen. Das ist jetzt nichts Bundesdeutsches.

Im Grunde merkt man beim Finanzieren von Innovationen und bei der Diskussion mit Partnern auf der Arbeitsebene – nicht etwa auf Verbandsebene. Die schauen, wo können Sie was am einfachsten machen? Wo können Sie hin? Und diese Branche ist extrem international. Wenn Sie meine E-Mails lesen, würden Sie sich wundern, denn da kann keiner mehr richtig Deutsch sprechen. Das ist alles voller Anglizismen. Diese Branche ist sehr fluid und die geht dorthin, wo sie etwas bekommen. Ob das jetzt Singapur oder China ist. Insofern ist das das Meta-Thema, das man leider nicht adressieren kann, dass aber als Problem dort steht.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Katzmarek, bitte.

Abg. **Gabriele Katzmarek** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine nächste Frage geht an Frau Plöger vom BDI.

Was muss aus Ihrer Sicht denn jetzt geliefert werden? Ich will das mal wieder ein bisschen



runterholen und konkreter machen. Weil wir können viele und wir müssen viele Sachen diskutieren. Das teile ich alles. Aber was muss denn jetzt konkret aus Ihrer Sicht passieren, damit IPCEI Health erfolgreich auf den Weg gebracht werden kann? Was muss das BMWK jetzt liefern oder muss es nichts liefern? Ich bitte um Schilderung Ihrer Sicht der Dinge, weil das Geld ist da. Das Geld ist eingestellt und wir wollen, dass dieses fließt und dazu muss geklärt werden, was notwendig ist.

Sve Iris Plöger (BDI): Herzlichen Dank, Frau Katzmarek. Schön, dass das BMWK heute mit der Parlamentarischen Staatssekretärin hier ist, um das alles mit uns zu diskutieren. Es gab ja bereits eine erste Abfrage, die nicht so wahnsinnig fruchtbar verlaufen ist, weil die Frist zu kurz war. Ich glaube, dass wir ganz klar gemeinsam die Parameter festsetzen müssen in einem ganz engen Dialog, welche Technologiefelder wir mit der doch relativ übersichtlichen Summe, die wir zur Verfügung haben, bestmöglich fördern. Weiter müssen wir herausfinden, wo es die größte Skalierbarkeit für dieses Thema gibt, das kann nur im engen Austausch geschehen. Wir haben schon gehört, dass die Industrie immer dorthin geht, wo die Standortfaktoren am attraktivsten sind. Ein ganz wichtiger Standortfaktor ist sicherlich die Planungssicherheit, die Planbarkeit. Dass wir auch sicher sein können, wenn wir dieses Commitment für ein IPCEI gemeinsam angehen. Denn es ist ja nur ein kleiner Beitrag, den das öffentliche Geld leistet; der große muss dann von der Industrie kommen. Dafür braucht die Industrie Planungssicherheit. Dafür braucht sie auch die attraktiven Rahmenbedingungen, von denen wir schon gesprochen haben. Dazu gehören auch ganz klar beschleunigte Genehmigungsverfahren. Das ist immer noch eine große Hürde. Wir diskutieren das in diesem Land zu isoliert für Themen wie LNG-Terminals, die natürlich sehr wichtig sind. Aber es ist auch in vielen anderen Feldern bedeutend. Darüber hinaus werden einige Dinge, die wir während der Pandemie an Beschleunigungen möglich gemacht haben, etwa die Möglichkeit eine Tele-Sprechstunde zu nutzen, komischerweise jetzt wieder zurückgefahren. Es ist ganz wichtig, dass wir das, was wir uns schon einmal getraut haben zu

machen, jetzt auch weiter machen. Wir müssen den Ehrgeiz haben, über die Breite hinweg die Konditionen für die Unternehmen zu verbessern.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Manfred Todtenhausen.

Abg. Manfred Todtenhausen (FDP): Danke, Herr Vorsitzender.

Herr Prof. Wigger, ich habe gemerkt, Sie brauchen Zeit für Antworten. Deswegen komme ich gleich auf den Punkt: Aus Ihrer Sicht, was bewegt ein Unternehmen wie BioNTech – wir haben schon vieles darüber gehört – einen Standort in England, Irland oder auch in den USA für die weitergehende Forschung zu wählen? Und warum geht man immer noch lieber an der Nasdaq an die Börse als in Frankfurt?

SV Prof. Dr. Berthold U. Wigger (KIT): Vielen Dank. Ich will mal direkt einen Grund benennen. Und zwar geht es in diesem Fall auch um Künstliche Intelligenz. Das ist ein Bereich, wo wir uns im besonderen Maße in Deutschland selbst im Weg stehen. Künstliche Intelligenz ist keine Magie, sondern basiert im Wesentlichen auf der Nutzung großer Datenmengen mit schnellen Rechnern. Die Algorithmen, die da verwendet werden, sind schon relativ lange bekannt. Dass das jetzt durch die Decke geht, beruht auf der Verfügbarkeit großer Datenmengen, der Verfügbarkeit großer Rechenkapazität. Rechenkapazität können wir in Deutschland bereitstellen. Wenn es um Daten geht, stehen wir uns allerdings im Weg. Es wurde schon angesprochen, dass wir im hohen Maße Datenschutzhindernisse haben. Die sind zum Teil übrigens viel höher als normativ vorgegeben, weil wir hier praktisch durch die Dezentralisierung des Datenschutzes so eine Art Datenschutzwettbewerb, einen Überbietungswettbewerb haben. Ich will das an einem ganz konkreten Beispiel, das ich selbst erlebt habe, verdeutlichen: Wir haben vor einiger Zeit mit maschinellem Lernen – ein Teilgebiet der Künstlichen Intelligenz – Vorhersagen über mögliche Studienabbrüche gemacht. Wir konnten sehr früh Studenten oder Studentinnen identifizieren, die von



Studienabbruch bedroht sind. Das hat damals Aufmerksamkeit erzeugt. Das war in der Presse, das ZDF hat sogar einen kleinen Beitrag dazu gemacht. Dann wollten wir dieses Projekt weitermachen und haben dann die Algorithmen etwas vertieft und mit Deep Learning gearbeitet. Schließlich kam der lokale

Datenschutzbeauftragte und sagte: „Keine zusätzlichen Daten mehr!“ Das Projekt war tot. Die Mitarbeiterin arbeitet jetzt bei einer Data Science Firma in Basel – ich meine, mit deren Gehalt hätte ich sowieso nicht konkurrieren können. Aber, wenn dann auch noch die institutionellen Bedingungen so sind, dann müssen wir uns nicht wundern, dass hier in diesem Bereich eine Wüste entsteht. Ich glaube, da hat die Politik die Pflicht, endlich gegenzusteuern.

Ganz kurz noch zu Nasdaq: Es ist angesprochen worden. Der amerikanische Kapitalmarkt ist viel tiefer als der deutsche Kapitalmarkt. Das hat zum einen historische Gründe. Aber – das ist auch schon angesprochen worden – man könnte sich beispielsweise überlegen, Pensionsfonds ein bisschen flexibler arbeiten zu lassen. Da würde ja auch die angedachte Aktienrente gegebenenfalls Möglichkeiten bieten. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich glaube, es war vielleicht nicht besonders klug, die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung in Deutschland auf die Länder zu übertragen. Aber meine persönliche Meinung ist hier nicht maßgeblich. Herr Kollege Dr. Wiener.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde den Faden aufnehmen und auch Herrn Dr. Wigger noch einmal ansprechen, und zwar auch noch einmal im Hinblick auf das Kapitalangebot.

So, wie ich das wahrnehme, haben wir Regulierungssysteme, die den Unternehmen und den Kapitalsammelstellen sehr viel Freiheit lassen. Wenn das Eigenkapital da ist, können sie investieren. Was häufig nicht passt, ist das Renditerisikoprofil von Projekten. Da würde ich Sie gerne fragen, wie Sie die Rolle des Staates als Enabler bei solchen Projekten sehen? Was sollten Förderbanken da machen?

Dann vielleicht nur eine kurze Frage an Frau Dr.

Bronsema. Die Regulierungsintensität ist ja allgemein gestiegen. Wo sehen Sie die größten Hindernisse dafür, um die Medikamentenknappheit zu überwinden? Hiervon habe ich mir in einer Apotheke vor kurzem selbst ein Bild gemacht. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Im Prinzip hat jetzt jeder von Ihnen Sachverständigen eine Minute.

SV **Prof. Dr. Berthold U. Wigger** (KIT): Zu der Frage „der Staat als Enabler“ will ich auf einen Punkt hinweisen: Wir haben eigentlich keine wirklich überzeugende Theorie, die uns im Vorhinein sagt, was in Zukunft erfolgreich sein wird. Hier ist jetzt sehr oft das Beispiel BioNTech angesprochen worden. Ich bin mir nicht sicher, ob wir so wahnsinnig viel aus BioNTech lernen können. BioNTech ist eine extreme Sondersituation. Zum Glück hat man nicht permanent eine Pandemie. In diesem Kontext muss man die Entwicklung von BioNTech sehen. Ich wäre vorsichtig, daraus eine absolut verallgemeinerbare Best Practice zu machen. Der Staat als Enabler – da würde ich eher sagen, der Staat sollte eines nicht tun, zumindest in Normalsituationen: Ganz gezielt einzelne Projekte fördern. Der Staat kann genauso wenig wie die Wissenschaften die Filterfunktion übernehmen. Das muss der dezentrale Wettbewerb tun. Das halte ich für ganz zentral.

SVe **Dr. Viola Bronsema** (BIO Deutschland e.V.): Vielen Dank. Zu BioNTech haben Sie völlig recht. Auf der anderen Seite haben wir gezeigt, wie schnell wir sein können, wenn wir wollen, und zwar nicht nur bei Flüssiggas, sondern auch in so einem Fall. Aber nach der Pandemie ist vor der Pandemie. Das heißt, wir müssen sehen, wie wir insgesamt diese Schnelligkeit an Regulierung hinbekommen können. Das ist ein Thema der Souveränität und darum auch eins der Biotechnologie in dem Fall. Wir haben die Forderung schon so oft gestellt, da wird man gefragt, warum wir das immer wieder fordern: Verlustvorträge. Ja, weil nichts passiert! Wir müssen im Bereich Souveränität und der Versorgung den Standort dahingehend aufbauen. Das hat das BioNTech-Werk in Marburg gezeigt. Wir hatten im Grunde dort schon ein Werk und wir konnten produzieren.



Das ist der Punkt, den wir erreichen müssen. Das müssen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Dafür brauchen wir die Politik, und zwar die Opposition und die Regierung!

Der **Vorsitzende**: So, das war jetzt aber mal staatsfäulich! (*lacht*) Jetzt kommt die Kollegin Katzmarek.

Abg. **Gabriele Katzmarek** (SPD): Dann will ich Frau Bronsema die Chance geben, dass Sie zu der Frage der Planbarkeit beziehungsweise zur beschleunigten Genehmigung etwas sagen. Wir reden auf der einen Seite über Förderinstrumente. Das ist wichtig und richtig und deshalb haben wir IPCEI Health auch gefördert. Auf der anderen Seite geht es auch darum, und Frau Plöger sagte das ja auch: Was kann man denn noch tun, damit eben das, was zum Teil auch funktioniert hat in der Pandemiephase, nämlich schneller besser zu werden, die Regel wird. Wir haben gemeinsam schon mal über Experimentierräume geredet, über Reallabore. Welche Möglichkeiten sehen Sie noch? Wir sagen, auf der einen Seite haben wir Geld, aber gebraucht werden Rahmenbedingungen und Experimentierräume.

Sve **Dr. Viola Bronsema** (BIO Deutschland e.V.): Vielen Dank, Sie haben es gesagt. Reallabore und Experimentierräume sind wichtig, aber gleichzeitig ist es wichtig, die Leute zu befähigen, die die Genehmigung erteilen, die das Geld überweisen, die Anträge prüfen. Da können wir keinen Wasserkopf produzieren, sondern wir müssen diese Kultur, Fehler zu machen, insgesamt fördern, sodass wir dadurch schneller werden. Was bei der Außenwirtschaftsverordnung gilt, das gilt natürlich auch bei Regulierungen aller Art. Und insgesamt muss ich sagen: Vieles ist deshalb noch nicht passiert. Der Antrag sieht vor, einen Biotechnologierat zu fordern, den wir für bestimmte Themen brauchen. Hier geht es um Dachschlüsseltechnologien, um eine Gruppe von Technologien. Hier geht es um die Anwendung von Biotechnologie, dies ist die Provenienz, es geht um biobasierte Themen. Da gibt es Spill-over-Effekte in alle Bereiche hinein, in die Verfahrenstechnik, die Elektrotechnik, die Sensorik und so weiter. Das heißt, wir müssen uns dieses Themas annehmen, auch

deshalb, um die Lernkurve, die wir durch die Pandemie schon haben, auf die Gesellschaft auszubreiten. Dieser Rat muss dafür verantwortlich sein, dass es wirklich passiert, dass wir sagen: Das passt gut zu uns, Biotechnologie ist unser Thema. Wir sind die Ingenieure, wir mögen das Brot, wir mögen das Bier, auch Joghurt, das ist Biotechnologie. Das, was BioNTech gemacht hat, ist genau dasselbe, in dem Tank ein biologisches Produkt zu fermentieren, was uns helfen kann in der Gesundheit. Darum bin ich so froh, dass ihr das hinbekommen habt, dem IPCEI Health Leben einzuhauchen. Der Antrag wurde im letzten Sommer eingebracht, es geht gemeinschaftlich voran. Und wir brauchen mindestens dieses Geld, um zu zeigen, dass wir auch einen Claim stecken, in diesem Bereich. Das IPCEI ist zudem eine wichtige Möglichkeit, um die Beihilferegeln außer Kraft zu setzen. Jedenfalls ein Stück weit, denn wir leiden darunter. Zum Beispiel sind bestimmte Dinge nicht förderfähig. Bei den „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist die Eigenkapitaldecke ist zu dünn. In Deutschland können Nachrangdarlehen nicht als Eigenkapital gezählt werden und in der Folge fallen die Unternehmen aus der Förderung raus. Das IPCEI ist die Möglichkeit, auf europäischer Ebene den großen Wurf zu machen, ohne dass einer auf die De-minimis-Regelung hinweist. Danke.

Der **Vorsitzende**: Jetzt haben wir die Leidenschaft etwas gespürt. Das finde ich gut. Enrico Komning für die AfD.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Professor Wigger.

Wir haben vorhin auf die Frage meines Kollegen von Herrn Dr. Eckert gehört, dass gesetzliche Vorschriften erheblich die Anlagemöglichkeiten einschränkten. Sie hatten, Herr Dr. Eckert, die nicht sicheren Anlagen erwähnt. Man sollte eher in Staatsanleihen sicher investieren. Auch Sie, Herr Professor Wigger, verweisen in Ihrem Gutachten darauf, dass in angelsächsischen Ländern die Pensionsfonds eine besondere Rolle beim Wagniskapital hätten. In Deutschland sind die Renten weitestgehend umlagefinanziert. Deshalb meine Frage: Was sollte am deutschen Rentenversicherungs- und



Finanzsystem grundsätzlich geändert werden, damit das Sparvermögen der Volkswirtschaft besser für innovationsbasiertes Risikokapital aktiviert werden kann? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Zwei Minuten für Ihr Konzept.

SV Prof. Dr. Berthold U. Wigger (KIT): Zunächst einmal muss man konstatieren, dass es hier zwei unterschiedliche historische Entwicklungen gibt. Wir haben in Deutschland ein ausgebautes, umlagefinanziertes Rentensystem. Das hat auch Vorteile. Daraus ergeben sich Ansprüche und die bedeuten, dass Beiträge direkt in Renten umgemünzt werden und nicht dem Kapitalmarkt zur Verfügung stehen. Das hat seine Vorteile und ich glaube es macht auch wenig Sinn, jetzt hier über die Abschaffung der umlagefinanzierten Rente zu diskutieren, insbesondere nicht in einer Minute und zwanzig Sekunden. Aber man muss einfach hier konstatieren: Die Amerikaner haben eine sehr viel stärker kapitalgedeckte Rente. Deshalb sind die Kapitalmärkte dort tiefer. Die Frage, inwieweit gerade in Deutschland die Pensionsfonds sich wenig bis gar nicht beim Wagniskapital finanzieren, ist eine Frage, die am Ende mit den Finanzbehörden geklärt werden muss. Wir haben vor einiger Zeit dem Beirat beim Bundesfinanzministerium ein Gutachten über die aktienbasierten Rente geschrieben. In diesem Zusammenhang wurde sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie stark denn eigentlich die Regeln für Pensionsfonds hindernd sind, sich stärker in riskanten Titeln zu engagieren? Das ist offenbar nicht so ganz leicht auszulegen. Offenbar hätten die Pensionsfonds auch mehr Spielraum. Dass sie ihn nicht vollständig nutzen, mag natürlich auch mit unterschiedlichen Anlagekulturen hier und in angelsächsischen Ländern zu tun haben. Es bleibt, dass da noch Luft nach oben ist. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU, Bernhard Loos.

Abg. **Bernhard Loos (CDU/CSU)**: Danke, Herr Vorsitzender. Ich habe ein und dieselbe Frage an Herrn Dr. Eckert und Herrn Wigger. Die Technologieskepsis, die sich weit in die Institutionen und zum Teil in die europäische Ebene hineingefressen hat, siehe etwa das Urteil

des Europäischen Gerichtshofs zur Mutagenese durch CRISPR-Cas9. Zahlreiche Anwendungen der Biotechnologie lassen sich in anderen Regionen der Erde einfacher entwickeln. Wie schaut es aus? Was können wir da tun in Deutschland?

Der **Vorsitzende**: Wer mag beginnen? Herr Dr. Eckert, bitte. Eine Minute zehn.

SV Dr. Andreas Eckert (Eckert Wagniskapital und Frühphasenfinanzierung GmbH): Ich bin Gründer und Vorstandsvorsitzender eines Spezialpharmazeutika entwickelnden Unternehmens im Bereich der Radiopharmazeutika. Radioaktivität, Sie können es sich vorstellen, die Farbenlehre ist immer schwierig, wir reden hier nicht über Kernkraftwerke, wir reden über Radiopharmazie über etwas völlig anderes, aber es hat dieselbe „Radio“, diese Vorsilbe dabei. Es ist extrem schwierig, Genehmigungsbehörden auf amerikanische, auf europäische Standards zu bekommen. Sie sagen, da muss noch was nachgewiesen werden, da geht noch was nach. Die Mutagenese ist etwas, was man kennt. Meiner Beobachtung nach besteht in vielen Technologiefeldern genau wie beim Datenschutz, ein Überbietungswettbewerb dahingehend, was ich verbieten kann als was ich lösen kann. Das muss man einzeln durchdeklinieren, dafür reicht diese Minute nicht, aber in diese Richtung wird die Antwort gehen.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Wigger.

SV Prof. Dr. Berthold U. Wigger (KIT): Es gibt die Evidenz dafür, dass die Deutschen vergleichsweise technologieskeptisch sind, und ich könnte mir vorstellen, dass jeder hier im Raum auch dafür anekdotische Evidenz parat hat. Die Frage, wie man damit umgeht, die ist ja nicht so ganz leicht. Ich kann jetzt hier nur vermuten, das beginnt bereits im Schulsystem. Es macht eben einen Unterschied, ob man in der Vermittlung von Technologien insbesondere auf die Risiken hinweist oder insbesondere auf die Chancen hinweist. Ich hatte vorhin mein kleines KI-Projekt genannt. Die Presseleute haben auch als Erstes nach den Risiken gefragt, das hat mich nicht überrascht. So ist das nun mal. Ich vermute, das ist ein kultureller Prozess,



wie stark die Politik darauf Einfluss nehmen kann, das muss man sehen. Alarmierend finde ich, das hatte ich gesagt, die Zahl der MINT-Studentinnen und Studenten geht deutlich stärker zurück als die Zahl der sonstigen Studentinnen und Studenten. Das sollte uns wirklich zu denken geben, weil das wird sich unmittelbar in den nächsten Jahren auf den Standort auswirken.

Der **Vorsitzende**: Das ist ein wichtiger Hinweis. Danke schön. Die vorletzte Frage jetzt an Frau Kollegin Katzmarek.

Abg. **Gabriele Katzmarek** (SPD): Ich will ein anderes Thema kurz ansprechen. Es geht bei den IPCEI-Produkten um die Frage, im forschenden Bereich aktiv zu werden. In den verschiedenen Bereichen gibt es die Frage der Versorgungssicherheit. Es kommt immer wieder vor, dass nicht nur ein, zwei oder drei Medikamente fehlen, sondern wir reden über 300 bis 400 Medikamente, die nicht zur Verfügung stehen und das nicht nur, weil es Corona gab und Lieferketten gestört werden, sondern das Problem gab es schon vorher und es zeigt sich auch jetzt. Von daher, Frau Plöger, hätte ich kurz eine Einschätzung von Ihrer Seite, was das Thema Versorgungssicherheit betrifft in Europa und wie die Industrie denn letztendlich damit umgeht, ob es neue Gedanken gibt. Vorhin hat man gesagt, Asien ist unser Seelenheil. Gibt es jetzt vielleicht auch ein europäisches Seelenheil, dass wir das Thema industrielle Gesundheitswirtschaft hier auf gute Beine stellen können in Europa.

Sve **Iris Plöger** (BDI): Vielen Dank. Ich glaube, dass die Themen Versorgungssicherheit und Resilienz und wie machen wir den Standort für die industrielle Gesundheitswirtschaft groß, wahrscheinlich zwei Paar Schuhe sind. Sie wissen aus Gesprächen, die wir geführt haben, dass wir als Industrie eher zurückhaltend sind, was überbordende Resilienzvorstellungen angeht. Zum Beispiel haben wir beim Thema Atemschutzmasken gesehen, wie sinnvoll es ist, etwas, was wir längst nicht mehr wettbewerbsfähig in Europa produzieren können, wieder ins Land zurückzuholen. Sobald die dünne Finanzdecke wieder nicht reicht – das Kostenthema ist von Herrn Schaaber schon angesprochen worden – wird

die Produktion, die mittelständische Unternehmen geleistet haben, wieder rückgängig gemacht. Wir sehen, dass wir eine große Abhängigkeit haben in nahezu allen Industriezweigen und auch international. Insofern sehen wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Welt als problematisch an. Wir können eigentlich nur die Logik daraus ziehen, dass wir klar definieren müssen, wo wir stark sind und wo wir unsere Stärken weiter ausbauen müssen, damit wir in diesem Wechselspiel der Abhängigkeiten, von dem wir uns einfach nicht mehr verabschieden können, auch genug in die Waagschale legen können, damit wir für unsere Handelspartner in der Welt ausreichend attraktiv sind. Das Prinzip: Du brauchst das von mir, ich brauche das von dir – das sollte so auf internationale Märkte übertragen werden, weil wir davon ausgehen, dass wir immer wieder in verschiedene Krisen kommen werden. Wir haben nicht nur Corona gesehen. Wir haben den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gesehen, der sich gerade gejäht hat. Wir wissen nicht, was kommen wird. Wir gehen aber davon aus, dass die gesamte weltwirtschaftliche Lage deutlich instabiler werden wird und dass wir natürlich für bestimmte Bereiche auch eine Sicherheit vorhalten können. Die Logik kann aber nicht sein, alles wieder zurückzuholen, sondern umgekehrt, wir sollten eher noch mehr Anstrengungen darauf richten, in die Forschungsbereiche zu gehen und die auszubauen, die uns perspektivisch stark machen und nicht eine kurzsichtige Politik fahren. Diese Politik auf Sicht, die hilft uns nicht weiter. Dafür brauchen wir wirklich ein Zusammenwirken aller Ressorts und da werde ich auch bei den Mitgliedern des Deutschen Bundestags dafür, auf die jeweiligen Häuser zuzugehen. Es hilft nichts, wenn wir Bemühungen im BMBF, im BMWK haben, aber gleichzeitig im Gesundheitsministerium eine deutlich andere Politik für den Standort Deutschland und die industrielle Gesundheitswirtschaft sehen. Daher meine Bitte, dass Sie ressortübergreifend und eng zusammenarbeiten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, ich bin alt genug, um mich zu erinnern, dass Deutschland die Apotheke der Welt genannt wurde. Heute



müssen wir mehrere Apotheken abklappern, um die notwendigen Tabletten zu bekommen. Insofern würde ich mich freuen, wenn der BDI und die angeschlossenen Verbände alles dafür tun, dass wir das ändern, was möglich ist. Vielen Dank für die etwas längere, aber wichtige Antwort und die letzte Frage bekommt die FDP in persona Gerald Ullrich.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte eine Frage an Herrn Professor Wigger.

Wenn ich die letzten anderthalb Stunden Revue passieren lasse, dann gibt es doch drei wesentliche Punkte, die angesprochen sind und zwar einmal das öffentliche Geld im Bereich IPCEI, das private Geld und die Regulatorik. Das sind die drei Faktoren, die zusammenspielen, wenn es darum geht, dass wir ein komplettes Ökosystem bei uns aufbauen. Wenn Sie eine Wertigkeit dafür treffen müssten, was wäre Platz 1, 2 oder 3. Kann man das überhaupt tun? Wenn ja, wie würde Ihre Wertigkeit dazu ausfallen?

SV **Prof. Dr. Berthold U. Wigger** (KIT): Wenn ich so eine Priorisierung vornehmen sollte, jetzt insbesondere vielleicht aus Sicht der Politik, dann scheint es mir ganz essenziell zu sein, dass zunächst einmal sichergestellt werden muss, dass die Rahmenbedingungen passen. Man muss am Steuerrecht arbeiten. Das halte ich für ganz wichtig. Man muss sich anschauen, wie kriegt man den Kapitalmarkt möglicherweise tiefer. Das halte ich für wichtig. Man muss sich anschauen, wie schafft man weiterhin Begeisterung für wissensintensive Berufe? Wenn man das alles macht, dann wird es für privates Kapital interessant, in Forschung und Innovation zu investieren. Die öffentliche Rolle ist bei den drei Bausteinen „Regulatorik“, „privates Kapital“, „öffentliche Mittel“ und deren Abgrenzung voneinander folgende: Die öffentliche Rolle sehe ich eigentlich als eher komplementär an. Es ist natürlich völlig klar, dass allein marktgetriebene Investitionen in Forschung und Innovation nicht ausreichen. Das liegt eben an diesen Spill-over-Effekten, die neues Wissen typischerweise hervorruft, weil man Wissen eben auch anderswo einsetzen kann. Aber der Staat macht hier eine ganze Menge. Erstens, er finanziert die

Grundlagenforschung. Zweitens sorgt er auch für einen Rechtsrahmen, insbesondere für die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Da sehe ich insbesondere die Rolle für öffentliche Mittel. Ich sehe die Rolle für öffentliche Mittel nicht so sehr in der spezifischen Identifikation einzelner Punkte. Vielleicht darf ich noch mal ganz kurz auf die Apotheke der Welt kommen. Ich halte persönlich es gar nicht für entscheidend, dass Deutschland die Apotheke der Welt ist. Deutschland sollte dann die Apotheke der Welt sein, wenn es komparative Vorteile hat. Wenn es sich herausstellen sollte, dass zum Beispiel andere Generika viel billiger produzieren können, warum denn nicht? Also man muss eben nur sicherstellen, dass das Angebot verfügbar ist. Deshalb ist das A und O ein geeigneter institutioneller Rahmen und dafür sind Sie verantwortlich.

Der **Vorsitzende**: Das scheint mir fast ein geeignetes Schlusswort zu sein. Ich beende damit auch die öffentliche Anhörung eine Minute vor der Zeit. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Sachverständigen, für ihre interessanten und hilfreichen Beiträge. Es ist immer wieder so, dass man als Abgeordneter, wenn man an der Anhörung teilgenommen hat, feststellen darf, man ist wirklich wesentlich besser informiert. Ich sage immer, klüger wird man nicht. Die Klugheit bringt man mit und mit der geht man auch wieder nach Hause. Aber besser informiert ist man auf jeden Fall. Und das war wirklich ein sehr interessantes Thema. Ich verabschiede mich gleichzeitig auch von der Öffentlichkeit, denn wir setzen gleich unsere nichtöffentliche Ausschusssitzung fort. Wir machen eine 5-minütige Verschnaufpause. Alle Abgeordneten bleiben hier. Die Kolleginnen und Kollegen, die als Sachverständige hier waren, werden den Saal jetzt verlassen. Vielen Dank, dass Sie da waren. Und wir sehen uns in fünf Minuten hier wieder.

Schluss der Sitzung: 10:30 Uhr

Michael Grosse-Brömer, MdB

Vorsitzender



Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Prof. Dr. Berthold U. **Wigger**
A-Drs. 20(9)218

Dr. Andreas **Eckert**
A-Drs. 20(9)219

Jörg **Schaaber**
A-Drs. 20(9)220

Dr. Viola **Bronsema**
A-Drs. 20(9)221

Dorothee **Stamm**
A-Drs. 20(9)222

Alexandra **Krieger**
A-Drs. 20(9)223

Iris **Plöger**
A-Drs. 20(9)227